

Wochenschrift! Da sind die besten...
ur Post.
4 Uhr: 9116
TEEE
akademiker.
Febr. 1936
vortrag
essel, spricht über
tschauung.
lung! Gartenbauer!
cht länger warten,
Feld und Garten
es zu spät
unstdünger gesät!
kenmehl, Kalkstickstoff
Kalidüngesalz, Kainit
Ammoniak, Leuna-
Am. Superphosphat,
Prompte Bedienung
en sichert Ihnen zu
FELD
gemittelt Febr. 2136
verhörige!
Ihres Leidens bringt Ihnen
bestimmte der
nal-Akustik
neuen Modelle, lautstark,
und ohne Nebengeräusche
Beruf, Theater, Kirche usw.
Sie unsere neue Silber-
vase Schwerhörigkeit: 25
Verwechseln Sie bitte
nicht Ohrkapseln. Hör-
geräte können auf Wunsch
erhalten werden. Teilzahlung
schafft m. b. H.
orf-Ost
elekt. Hörapparate.
Gegr. 1905
25 Jahre Erfolg
rch unseren Berliner Spe-
23. Febr. im Hotel
0-1 und 3-4 Uhr.
Interesse oder verlangen
satis.
ige
Raisershorst
rees, stehen den
olgende Hengste
ähne, mehrfach
uch A,
Blesse, guter
ch A,
öner Olden-
hängen.
delmann
Tel. Wertherbruch 5

Allerlei Gerüchte über deutsch-französische Militärverhandlungen.

Angebliche Einheitsfront gegen Rußland.

Paris, 23. Februar.

Die radikalsozialistische Zeitung „La République“ hat über angebliche Verhandlungen zwischen französischen und deutschen Reichskreisen in Paris mit dem Ziele der Herstellung einer deutsch-französischen Einheitsfront gegen Sowjetrußland, über die die Zeitung „L'Amid du Peuple“ bereits vor einigen Tagen Andeutungen gebracht hatte und an denen auch angeblich eine deutsche Persönlichkeit teilgenommen haben sollen, ausführlicher berichtet.

Danach hätten Verhandlungen zwischen angeblichen Stahlhelmangehörigen und Hitlerleuten auf der einen, französischen Nationalisten auf der anderen Seite stattgefunden. Als Verhandlungsort wird mit sehr durchsichtiger Kennzeichnung das durch ähnliche Zusammenkünfte beinahe „historisch“ gewordene, offenbar aber auch politisch sehr gut „überwachte“ Hotel „Lutetia“ bezeichnet. Gegenstand dieser Unterhaltung soll ein französisch-deutsches Militärbündnis sein. Es soll ein Heer in der Stärke von 500 000 Mann französischer Truppen und 300 000 Mann deutscher Truppen gebildet werden. Als Oberkommandierender sei ein Franzose, als Generalkommandant ein Deutscher vorgesehen. Für diesen letztgenannten Posten habe man bereits den Namen eines hohen aktiven Offiziers der Reichswehr genannt. Dieses französisch-deutsche Heer soll mit den modernsten Kampfmitteln ausgestattet werden. Man verleihe, die Franzosen zu einem jugendlichen Militärischen des polnischen Korps, das zu veranlassen, „Auf jeden Fall war die Antwort der französischen Nationalisten darauf, daß die deutschen Vertreter selbst nicht sofort zu antworten wagten, sondern nach Berlin abriefen, um neue Weisungen einzuholen. Sie sollten, wenn nichts dazwischenkommt, am nächsten Freitag wieder nach Paris zurückkehren. Es ist wahrscheinlich, daß sie das Hotel wechseln werden.“

So schreibt das französische Blatt, das verspricht, seine Leser auf dem laufenden zu halten. Als Ziel dieser Armee wird bezeichnet: Abwehr gegen den Bolschewismus, hauptsächlich auch gegen den räuberischen fünfjährigen Plan mit seinem Dumping. Von ihren Posten sollen die Minister des Äußeren, Briand und Curtius, entfernt werden. Die jetzigen Verhandlungen seien eine Art Fortsetzung der Besprechungen, die vor zwei Jahren ein deutscher General mit dem jetzigen Kolonialminister Paul Reynaud gehabt habe.

Die „Republique“ wird zwar sehr wenig gelesen, hat jedoch sehr lange eines ernsthaften Tones befehligen und sich auch um ein gewisses Verständnis für die deutschen Fragen bemüht. In der letzten Zeit allerdings ist sie des öfteren auf Sensationen ausgegangen, vielleicht um, dem verdrängten Zug der Zeit folgen, auf diese Weise ihren Leserkreis zu erweitern. Im vorliegenden Falle liegen allerdings auch Vorurteile anderer Blätter vor, die von einem ganz anderen Standpunkt ausgehend, ebenso wie dieses linksgerichtete Blatt den angeblichen Gegenstand dieser Verhandlungen bekämpfen.

Der Senator Lémyer demontiert in einigen Zeitungen, daß er, was behauptet worden war, an Verhandlungen, wie die „Republique“ schilderte, beteiligt gewesen sei. Auf der anderen Seite versichert er, daß er das Glück gehabt habe, einige deutsche Intellektuelle, Industrielle und Akademiker, von seinen besonderen Ansprüchen zu überzeugen. Diese hätten den Gedanken gehabt, einen Verein, genannt „Vereinigung der europäischen Interessen“, zu gründen. Es seien nicht gerade viele Persönlichkeiten. Sie verdienten aber, ermutigt und unterstützt zu werden. Er habe der französischen Regierung den Sachverhalt unterbreitet. Der Quai d'Orsay sei der Ansicht gewesen, daß das darin verfolgte Ziel nicht der Politik Briands widerspreche, einer Politik, die wahrhaftig noch nicht auf eine Aenderung der Verträge hinauslaufen dürfe. Briand sei nur der Ansicht gewesen, daß in Berlin gewisse Erwägungen einzugehen seien. Er (Lémyer) warte auf sie: „Daß einige Männer, die Vertreter der deutschen Kultur und der deutschen Wirtschaft sind, durch die Drohungen des Bolschewismus sich erschreckt fühlen, daß sie sich dessen bewußt sind, im Dienst Rußlands selbst als erste unter die Räder zu kommen, daß sie sich dessen bewußt sind, im Dienste Rußlands eine Aenderung der Verträge zu denken (oder nicht mehr davon zu sprechen) und Europa zum Widerstand aufzufordern, daß ist eine neue Tatsache, die der Aufmerksamkeit wert ist.“ Lémyer gibt also gewisse Besprechungen zu, über die auch andere Berichte vorliegen. Von der deutschen Wirtschaft wird versichert, daß man die Namen irgendwelcher deutscher Unterhändler nicht kenne und man natürlich auch nicht über den Verhandlungsgegenstand unterrichtet sei.

Von zuständiger Seite in Berlin wird mitgeteilt, daß es sich bei diesen Verhandlungen, wie schon häufig

vorher, lediglich um eine Fühlungnahme deutscher Industrieller mit französischen Industriellen gehandelt habe. Amtliche Persönlichkeiten hätten an diesen Besprechungen nicht teilgenommen. Im übrigen hätten sich nach den von amtlicher Seite eingegebenen Erfindungen unter den deutschen Persönlichkeiten, die in Paris gewohnt hätten, nicht nur Leute befunden, die politisch rechts ständen, sondern auch Persönlichkeiten der Mitte. Hitler erklärt, daß die Meldung, daß ein nationalsozialistischer Abgeordneter und ein ihm nahestehender Großindustrieller im Sinne des deutsch-französischen Militärbündnisses verhandelt habe, frei erfunden sei.

Wieder rote Hosen in Frankreich.

Paris, 22. Februar.

Schon seit einiger Zeit konnte man bei den Empfängen im Elisee Frankreichs Marschälle und Generale in einer neuen Paradeuniform, das heißt, einer der Vorkriegszeit wieder angelegten, große renne beobachten, mit buntem Waffentrock und roten, bauschig fallenden Hosen. Diese roten Hosen werden nach des Kriegsministers Maginot Willen jetzt für die große Paradeuniform sämtlicher Infanterieoffiziere wieder eingeführt; für die anderen Waffengattungen teig die Farbe wieder, die vor dem Krieg üblich war.

Deutschnationale Beschuldigung gegen Brüning.

Die Nationalsozialisten in eigener Schlinge.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 23. Febr. (Drahtf.).

Die Deutschnationalen scheinen noch immer nicht die Lust verloren zu haben, die äußerst bequeme Methode beizubehalten, die darin besteht, die Verantwortung für das, was geschieht, auf andere abzuwälzen, selbst aber nur unfruchtbar Kritik zu üben. Wie der Briefwechsel zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Wege und dem Reichspräsidenten von Hindenburg zeigt, machten die Deutschnationalen sogar den Versuch, die Verantwortung dem Oberhaupt des Deutschen Reiches aufzubürden. In parlamentarischen Kreisen war die Meinung verbreitet, daß das Antwortschreiben des Reichspräsidenten über das Unzulängliche der Diktatur, die Rückkehr zur Demokratie in das Reichsparlament erscheinen könne. In dieser Auffassung sah man sich jedoch am Montag getäuscht.

Die deutschnationale Presse, die nicht den Mut hat, Hindenburg wegen der ihnen erteilten Zurechtweisung selbst anzugreifen, überläßt den Reichspräsidenten mit Vorwürfen, weil er angeblich den Reichspräsidenten über das Unzulängliche der Diktatur, die Rückkehr zur Demokratie in das Reichsparlament erscheinen könne. In dieser Auffassung sah man sich jedoch am Montag getäuscht.

Die arbeitswilligen Parteien des Reichstages trafen alle Vorkehrungen, um in weitgehendem Maße Schwierigkeiten, die sich bei der Staatsberatung ergeben könnten,

auszuschalten. Zu diesem Zweck fanden am Montag nachmittag vertrauliche Verhandlungen zwischen Vertretern der Mittelparteien und den Sozialdemokraten statt. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Beratung des Etats des Ernährungsministeriums und des Reichswehrministeriums ergeben könnten, standen zur Debatte. Wie wir aus gut unterrichteten Kreisen erfahren, haben die Verhandlungen einen günstigen Verlauf genommen. Irdenwelche Zwischenfälle bei der Staatsberatung blühten daher nicht in Frage kommen. Die Rechnung der Deutschnationalen ist daher in bezug auf den Etat genau so falsch wie hinsichtlich der Diktatur. Reichstagspräsident Brüning wird sich in die von den Oppositionsparteien gelegte Fuhangel nicht verstricken. Sollte es wirklich hart auf hart gehen, so wird wahrscheinlich ein Ausweg darin gefunden werden, daß der Regierung für gewisse Fälle eine Ermächtigung erteilt wird. Wie mit Bestimmtheit verlautet, sollen die Sozialdemokraten mit einer solchen Lösung durchaus einverstanden sein.

Während die Deutschnationalen sich wenigstens Mühe geben, in ihrer freiwilligen Abstinenzzeit die größten Dummheiten zu vermeiden, verüben die Nationalsozialisten keine Gelegenheit, sich täglich so gut wie möglich zu blamieren. Um ihren Anhängern immer wieder eine Neugier bieten zu können, haben sie beim Vorkommnis des Reichstages beantragt, bei der Abstimmung über ihren Antrag auf Kürzung der Diäten sollten ihre 107 Stimmen mit Ja gezählt werden. Der Reichstagspräsident, an dessen heutiger Sitzung auf der deutschnationalen Abg. Dr. Oberjocher teilnahm, ohne allerdings, obwohl er in die Debatte eingriff, die Frage der Teilnahme seiner Fraktion an den Plenarverhandlungen zu berühren, schloß sich der Meinung des Reichstagspräsidenten an, daß die Mitzählung abwesender Stimmen nicht möglich sei und daß die Antragsteller selber dafür sorgen müßten, daß ihre Anträge auf die Tagesordnung gesetzt würden. Es wurde darauf hingewiesen, daß die jetzige Regelung der Diäten im Plenum des Reichstages ohne jeden Widerspruch auch der Nationalsozialisten beifallen sei. Es wurde weiter zum Ausdruck gebracht, daß die Nationalsozialisten, als sie ihren Austritt aus den Verhandlungen erklärten, versichert hätten, daß sie kein Gesetz, das dieser Reichstagsanfrage, für rechtsverbindlich halten würden, und es wurde als eigentümlich angesehen, daß die Nationalsozialisten das Verlangen stellten, daß der Reichstag von ihnen beantragte Gesetze annehmen sollte, die sie selber nicht als rechtsverbindlich betrachteten.

Verlängerung des deutsch- rumanischen Handelsabkommens.

O. Berlin, 23. Februar.

Das mit Gültigkeitsdauer bis zum 28. Februar 1931 abgeschlossene deutsch-rumanische vorläufige Handelsabkommen vom 18. Juni 1930 ist durch einen Notenwechsel zwischen der deutschen Gesandtschaft in Bukarest und dem rumänischen Außenministerium bis auf weiteres unter Aufrechterhaltung der Möglichkeit der Kündigung mit einer Frist von 30 Tagen verlängert worden.

Vertreter der Kriegsbeschädigten beim Reichspräsidenten.

Berlin, 23. Februar.

Der Reichspräsident empfing heute eine Vertretung der im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten und Kriegsbeschädigtenvereine zusammengeschlossenen Organisationen, bestehend aus den Herren Oberst a. D. v. Rauch, Amtsgerichtsrat Dr. Klein und Major a.

Staatssekretär a. D. von Capelle †

Wiesbaden, 23. Februar.

Der frühere Staatssekretär des Reichsmarineamtes Admiral Eduard von Capelle ist heute früh in Wiesbaden im Alter von 75 Jahren an Herzschlag verstorben. Er lebte in den letzten Jahren aus Gesundheitsrücksichten hauptsächlich in Baden-Baden und zuletzt in Wiesbaden.

Admiral von Capelle wurde bekanntlich der Nachfolger des Großadmirals von Tirpitz als Staatssekretär des Reichsmarineamtes, als Tirpitz im März 1916 zurücktrat, nachdem es ihm nicht gelungen war, die deutsche Regierung zur Annahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges zu bewegen.

Tagesfragen.

Groß-Mecklenburg?

Medienburg-Strelitz trägt sich, ernstlich mit dem Gedanken, sich an Preußen anzuschließen. Es kann aus finanziellen Gründen seinen 110 000 Einwohnern die „Eigenstaatlichkeit“ nicht länger erhalten. Die Verhandlungen mit Preußen sind soweit geblieben, daß sich die preussische Staatsregierung mit der von Medienburg-Strelitz über alle Einzelheiten des Anschlußvertrages einig geworden ist und es eigentlich nur noch der Ausarbeitung der in Frage kommenden Gesetzentwürfe und der Zustimmung der Landtage bedarf. Die Bedingungen sind, wie an dieser Stelle vor einiger Zeit ausführlich dargelegt wurde, für das kleine Land so günstig, daß der preussische Landtag es sich noch sehr wohl überlegen muß, ob er die angebene Vermehrung seines Gebietes und seiner Einnahmen gutheißen soll. Nun aber hat das Vorhaben der Regierung von Mecklenburg-Strelitz im Willen im benachbarten Medienburg-Schwerin (675 000 Einwohner) hervorgerufen, jedoch in der vergangenen Woche sogar in einer Regierungserklärung im Schweriner Landtage zu dieser Anschlußfrage Stellung genommen wurde. Die Regierung von Medienburg-Schwerin, so wurde erklärt, würde es außerordentlich bedauern, wenn das „Bruderland“ Medienburg-Strelitz seine Selbständigkeit aufgeben würde. Wenn aber, so wurde hinzugefügt, Medienburg-Strelitz damit einverstanden sei, würde die Schweriner Regierung einen Zusammenschluß beider Medienburg vollziehen. Beide Länder müßten gemeinsam versuchen, über die Schwierigkeiten der Gegenwart hinwegzukommen. Inbezug der Erträge der Potentaten von Medienburg-Schwerin geht noch weiter. Denn dem aufgehenden Landtag wurde noch der Vorschlag gemacht, ein größeres Medienburg von Pommern bis Lübeck zu schaffen. Unter anderen Verhältnissen, etwa denen, die zur Zeit der Weimarer Nationalversammlung bestanden, wäre ohne Frage der Zusammenschluß der beiden mecklenburgischen Provinzen das Richtige gewesen. Aber nach der Revolution hatten diese nichts Wichtiges zu tun, als alte und jüngere Beziehungen, die sie miteinander verbunden, zu lösen. Sie hatten nämlich bis zur Revolution noch ihr gemeinsames mittelalterliches Ständeparlament und außerdem auch noch seit dem 27. Februar 1918, wo der letzte Strelitz Großherzog Adolf Friedrich durch Selbstmord endete, in dem Großherzog Friedrich Franz IV. von Medienburg-Schwerin einen gemeinsamen Regenten. Sie waren also vor der Revolution schon in parlamentarischer und Personal-Union vereint. Mit dieser Gemeinsamkeit wurde dann aber Schluß gemacht. Die Frage ist also die, ob es heute möglich ist, sie wieder herzustellen. Möglich wäre es, wenn Medienburg-Schwerins Staatsfinanzen so gesund wären, daß sie gestatteten, das „Bruderland“ wieder flott zu machen. Aber in dieser Hinsicht sieht es sehr faul aus. Seit das Ende der selbständigen Herrlichkeit von Medienburg-Strelitz schon um des leidigen Geldes willen, das man nicht hat, sondern schuldet, sehr nahe gerückt, so ist auch Medienburg-Schwerins Finanzlage, wenn auch relativ genommen nicht ganz so schlimm, so doch gerade überaus faul. Denn der Schweriner Staatsausfall hat vom Etatsjahr 1930 einen Fehlbetrag von fünf Millionen Mark, für die die Regierung keine Deckung weiß, und für 1931 rechnet sie mit einem Defizit von mindestens 2,8 Millionen Mark, und zwar trotz Kulturbau großen Stils. Und da glaubt sich dieses Land noch dafür stark machen zu dürfen, das finanztrante Nachbarland sich anzuschließen! Aber nicht nur das, es äußert darüber hinaus auch noch Absichten auf die preussische Provinz Pommern und die freie Stadt Lübeck, die bekanntlich in ernstlichen Zusammenhangsverhandlungen mit Hamburg steht! In Schwerin scheinen Finanzfragen recht leicht genommen zu werden. Denn sonst würde man dort sich doch wohl überlegen, ob es nicht auch für Medienburg-Schwerin hohe Zeit wäre, den Anschluß an Preußen zu suchen. Statt dessen aber plündert man Träume von einem Groß-Mecklenburg, der Wiedergeburt eines Obotritenlandes, der vom polnischen Korridor bis Lübeck reichen soll.

Die Politik des Jungdeutschen Ordens.

Nach dem gerissenen Wahlgeschäft, das der Jungdeutsche Orden mit der Gründung der Staatspartei gemacht hat, der er alsbald nach dem 14. September wieder den Rücken lehnte, ohne ihr die durch sie ergatterten sechs Reichstagsmandate zurückzugeben, ist die politische Bedeutung, die der Hofmeister Arthur Wahren und seine Braten eine Zeitlang fanden, außerordentlich zurückgegangen. Gewiß, diese Jungdeutschen oder Volksnationalen, wie sie sich im Reichstag nennen, sind keine Schandkerle, sie meinen's nach ihrer Art ganz gut. Aber man hat sie doch im vergangenen Jahre als Wichtigster erkannt, die sich den Anschein gaben, als wenn man anders was für eine Volksbewegung hinter ihnen fände. Indessen mußte man bald darauf feststellen: Viel Geheiß und wenig Wille. Die Staatspartei hat innerhalb des Ordens sicher auch nicht wenige Kopfschmerzen gemacht. Wenn man nunmehr einmal wieder von einer Rede Maßraums kurz Rotz nimmt, so geschieht

Das zunächst gewissermaßen aus einer Erinnerung an die Vorgänge um den 14. September, nicht etwa, weil der Jungdeutsche Orden als Waise Beachtung fordern könnte. Ob auch er, wie Mahraun am Sonntag auf einer Tagung in Holzminde erklärte, das Volksbegehren des Stahlhelms für die Auflösung des Preussischen Landtags unterstützte, das macht bei den über 13 Millionen Stimmen, die zur Durchsetzung des Begehrens im Volksentscheid notwendig sind, nicht viel aus und vermag die Gegner dieser Aktion nicht aus dem Gleichgewicht zu bringen. Von einigem politischen Reiz ist aber vielleicht für den, der die Politik der Verbände und die Gegenstände auf der Reichsebene verfolgt, das Verhalten des Stahlhelms. Die parteiische Episode unsicher gewordenen Elemente hinter dem Stahlhelm hermarfchiert, daneben noch mit etwas Besondere aufzuweisen sucht. Mahraun erkennt ganz richtig, daß die Wahl des Reichspräsidenten, die im Frühjahr 1932 vorzunehmen ist, erhebliche Schwierigkeiten haben wird, die sich insbesondere bei allen Parteien rechts vom Zentrum fühlbar machen werden. Dann aber muß der Hochmeister für seinen Orden, der doch eine eigene politische Note haben muß, noch eine eigene Idee in dieser vom Radikalismus durchwühlten Zeit herausstellen. Und so ist er denn wie in früheren Jahren wieder einmal auf die Hindenburg-Parole gekommen.

Das Stahlhelm-Volksbegehren, so sagte er in Holzminde, umfasse nur einen Teil der nationalen Kräfte. Es sei notwendig, eine ganz große nationale Einheit herzustellen, um das Gerede von der Bürgerkriegsgefahr in Deutschland zu beseitigen, das dem Deutschen Reich und vor allem der deutschen Wirtschaft schweren Schaden bringe. Eine solche große Einheit sei, so ist nicht durch Ideen zu erreichen, sondern nur durch eine Person, durch

den Reichspräsidenten von Hindenburg. Die Amtszeit Hindenburgs dürfe nicht im nächsten Frühjahr beendet sein. Hindenburg müsse dem deutschen Volke als Führer erhalten bleiben. Um ihn, als Symbol der Einheit, müsse sich die große nationale Front bilden. Deshalb schlage der Jungdeutsche Orden vor, allen anderen Volksbegehren ein solches auf die Lebenszeit vor. Dieses Volksbegehren, das nicht von Jungdeutschen allein, sondern von allen wahrhaft nationalen politischen Gruppen ausgehen solle, könne allein die große nationale Einheit erweisen, die notwendig sei, damit das deutsche Volk wieder den Glauben an sich selbst bekomme und damit das Ausland erkenne, daß es in Deutschland noch eine Autorität gibt, die eine stetige Entwicklung führe.

Auf diese Sache im einzelnen einzugehen, erübrigt sich. Aber der Vorschlag, Hindenburg's Amtszeit zu verlängern, dürfte, um das vorweg zu nehmen, für Zentrumswähler nicht gerade unsympathisch sein. In dessen fragt es sich, ob Hindenburg selber die Zusage hat und sich die Kraft zutraut, in dem hohen Alter von 84 Jahren, das er, so Gott will, am 2. Oktober d. J. erreicht, die verantwortungsvolle, ihm gerade von den Rechten schwer gemachte Bürde noch länger zu tragen. Wir haben immer die Korrektheit, Verfassungstreue, Klugheit und Zielbewußtheit bewundert, die seine Amtsführung auszeichneten. Die deutsch-nationalen Geschäftsmacher und die national-sozialistischen Lautsprecher sollen freilich von diesen hervorragenden Eigenschaften des Reichspräsidenten dem Vernehmen nach weniger entzückt sein. Immerhin kann man ja nun zunächst einmal abwarten, ob Mahrauns Vorschlag auf der Rechten ein so zustimmendes Echo finden wird, daß man berechtigt wäre, von der „großen nationalen Einheit“ zu sprechen, die dem Führer des Jungbo vorzujubelt.

Die agrarpolitischen Beratungen des Reichskabinetts.

Auf dem Wege zur Einigung.

Berlin, 23. Februar.

Das Reichskabinetts hat heute drei Sitzungen abgehalten. Es hat zunächst den Vormittag über beraten, hat dann nachmittags wieder getagt und ist schließlich um 7,15 Uhr abends erneut zusammengetreten.

Daraus war schon zu entnehmen, daß unter allen Umständen bis morgen eine Einigung über die schwierigen Agrarfragen herbeigeführt werden sollte. Der Reichsernährungsminister ist für die Einigung am 23. Februar um 3 Uhr den Etat seines Ministeriums mit einer großen Rede ein, und er hatte den verständlichen Wunsch, sich dabei bereits ausführlich über das Agrarprogramm des Kabinetts zu äußern. Er wurde auch vom Reichszentralrat unterstützt, der heute abend zwischen den Kabinettsitzungen auch noch eine Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Dietrich und dem Reichsarbeitsminister Stegerwald hatte, um ihre Bedenken gegen die Restpunkte zu zerstreuen. Es ist auch gelungen, über eine Reihe von Punkten eine Verständigung herbeizuführen. Dabei handelt es sich einmal um die Bewilligung der 5 Millionen für den Ausbau der Genossenschaften. Ferner ist ein Ausschuss von Vertretern der Reichsbank, der Rentenbank, der Preussischen und anderer beteiligten Institute eingesetzt worden, der die Frage der Zinsverbilligung für alle Personalkredite der Landwirtschaft prüfen soll. Schließlich ist auch Einverständnis über die Holzfrage erzielt worden, und zwar in Form der vom Reichsernährungsminister verlangten Ermächtigung, die freilich an die Voraussetzung gebunden ist, daß es in Verhandlungen mit Schweden und Dänemark gelingt, die gegenwärtigen Bindungen zu beseitigen.

In der Abend Sitzung des Kabinetts kam es nun darauf an, auch eine Form der Veredelungswirtschaft zu finden, der die bisher widersprechenden Mitglieder des Reichskabinetts ihre Zustimmung geben könnten. Das Kernproblem lag z. B. bei der Butter gar nicht einmal

so sehr in der Höhe der Zölle als vielmehr in den Fristen. Dazu kommt noch weiter, daß der Reichsernährungsminister einer Ratifizierung der Genfer Konvention über den Zollfreihandel und der Unterzeichnung des Handelsvertrages mit Polen widerstrebt, während beides von anderen Mitgliedern des Kabinetts verlangt wird. Auch diese Fragen spielen bei den Kabinettsberatungen eine erhebliche Rolle. Bei Beginn der Abend Sitzung des Reichskabinetts war jedenfalls ein Ausweg aus diesen Schwierigkeiten noch nicht zu sehen. Es ist aber anzunehmen, daß der Kanzler alles aufbietet, um spätestens bis morgen vormittag zu einer Verständigung zu gelangen.

Abschluß der Erörterungen.

Berlin, 23. Februar.

Das Reichskabinetts schloß heute abend unter dem Vorsitz des Reichskanzlers seine Agrar- und wirtschaftspolitischen Erörterungen ab. Die geführten Besprechungen wurden von Reichsminister Dr. Schiele in seiner Rede zum Abschluß des Reichsernährungsministers für Ernährung und Landwirtschaft vertreten.

Das Offizialgesetz dem Reichswirtschaftsrat zugegangen.

Berlin, 23. Februar.

Dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat sind folgende Gesetzentwürfe zur Begutachtung zugegangen:

1. Entwurf eines Gesetzes über Hilfsmittelmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens (Hilfsmittelgesetz);
2. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Landwirtschaftlichen Siedlung;
3. Entwurf eines Gesetzes über die Bewirtschaftung der Aufbringungsumlage und die Neugestaltung der Bank für Deutsche Industrieobligationen (Aufbringungs- und Bankgesetz).

Eisweiler-Reserve vor dem Landtage.

Lärmende Kommunisten.

Berlin, 23. Febr.

Die Montag Sitzung des Preussischen Landtages begann mit zwei Trauerkundgebungen, deren eine das Andenken des verstorbenen Vizepräsidenten Dr. Wiemer ehrte, während die andere der neuen Reichswerkstatatrophe bei Eisweiler galt. Die letztere Trauerkundgebung wurde von den Kommunisten mit lärmenden Zurufen unterbrochen. Handelsminister Dr. Schreiber brachte das Beileid der Staatsregierung für die Opfer bzw. Hinterbliebenen zum Ausdruck und sagte Hilfe für die Betroffenen sowie Unterstützung der Wiederaufbauarbeiten und Maßnahmen zur zukünftigen Verhinderung solcher furchtbaren Ereignisse zu. Als der Präsident die Mitteilung von der

Mandatsniederlegung Dr. Derbergs (Dnt.) machte, riefen die Regierungsparteien: „Das ist sehr schade!“ Es kam dann zu einer lärmenden Geschäftsordnungsdebatte, weil die Kommunisten besondere Besprechung des Eisweiler Unglücks verlangten. Die Sitzung wurde unterbrochen und nach ihrer Wiederaufnahme teilte Dr. Schreiber mit, daß der Reichstag die Wiederaufnahme der Eisweiler Angelegenheit beschlossen habe, anläßlich des Unglücks bei Wachen die Redezeit für die nun beginnende zweite Lesung des Bergbaugesetzes zu verlängern. Der Hauptantrag, für den Abg. Derberg (Soz.) berichte, verlangt in mehr als 20 Punkten u. a. die Bildung einer unparteiischen Instanz zur künftigen Prüfung der Rentabilität des Bergbaues, Schutz der deutschen Kohle im polnischen Handelsvertrag, internationale Kohlenverhandlungen, Verbilligung der Kohlenfrachten, größere Sicherheit im Bergbau und Maßnahmen gegen die Einsturzgefahren, vor allem in Westfalen und Niederbayern.

Handelsminister Dr. Schreiber leitete die Aussprache mit einer längeren Rede ein. Er weist zunächst den Kommunisten vor, daß es in den letzten Monaten bereits mehrere schwerere Unfälle wegen der Zuhälterei bei Eisweiler Reserve eingegangen wären. Die einzige Angelegenheit, die Beachtung gegeben habe, sich mit der Grube zu beschäftigen, seien

Sprengstoffdiebstähle von Kommunisten gewesen. (Beifall des Hört!) Die Wetterführung auf Eisweiler Reserve war in Ordnung. Das hätten auch die Betriebsräte bestätigt. Die Regierung werde selbstverständlich alles tun, um die Ursachen des Unglücks

aufzuklären und aus den Feststellungen die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Der deutsche Bergbau sei im abgelaufenen Jahre durch große Katastrophen heimgeschlagen worden. Die sämtlichen amtlichen Ermittlungen hätten sowohl bei der Wenzelsgrube in Niederbayern, als auch bei der Grube „Anna 2“ bei Wachen ergeben, daß diese

Ursachen nicht in der Nichtbefolgung bergpolizeilicher Vorschriften

zu finden seien, sondern in dem plötzlichen und nicht vorhersehbaren Einbruch gefährlicher Gase. Die Folgerung daraus müsse sein, daß der Bergbau sich aus den totenläufigen Gruben in die lebendigen Gruben verlagern müsse. Das Gesteinsstaubverfahren müsse auch in solchen Gruben eingeführt werden, deren Kohlenkies bisher als weniger gefährlich angesehen wurde. Der Minister hebt hervor, daß trotz der schweren Massenunglücke des vergangenen Jahres die durchschnittliche Jahreszahl der Unglücksfälle im preussischen Bergbau seit 1927 ständig zurückgegangen sei. Sodann wendet sich der Minister der Lage des Bergbaues zu. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Bergbaues seien im vergangenen Jahre höchst ungünstig gewesen. Neben einem Rückgang der Kohlenförderung sei der Absatz ungünstig gewesen, wobei sich Halbenstände von etwa 10 Millionen Tonnen angestammelt hätten. Die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter sei von rund 4500 im Dezember 1929 auf rund 6400 im Dezember 1930 gestiegen. Eine Arbeitsförderung sei angesichts der großen Zahl der Arbeitslosen kaum noch möglich. Stark gesunken sei der Ausfuhrüberschuss an Kohle, ein Grund mehr, vor allem die Betriebe der öffentlichen Hand, die vielfach noch ausländische Kohlen eingeführt hätten, an ihre nationale Verantwortung zu erinnern. Insgesamt seien im vergangenen Jahre

fast 7 Millionen Tonnen ausländische Kohlen nach Deutschland eingeführt worden. Die internationale Kohlenverhandlung habe

sehr nur geringe Fortschritte gemacht. Ganz besondere Sorge bereite der Regierung der Kohlenbergbau in Trieben der Wenzelsgrube sei aus finanziellen und anderen Gründen nicht durchführbar. Mit den vorhandenen öffentlichen Mitteln sei aber an anderer Stelle

größere Beschäftigungsmöglichkeit im Kreise Neuzubau möglich, die Wiederaufbau der Anlage sei im Gange. Auch die Kalkwerkstatt habe Rückschläge erlitten. Bei anderen Schmelzwerken sehr stark der Erzbergbau in Folge der rückläufigen Konjunktur und der schlechten Preisverhältnisse gegenüber. Die Erzförderung sei dagegen erheblich gesteigert und zwar auf 179 000 Tonnen gegenüber 102 800 Tonnen im Vorjahre. Die staatliche Beteiligung an diesem neuen Wirtschaftszweig sei im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse notwendig. Der Minister schließt mit dem Hinweis, daß wir wohl bereits

am äußersten Punkte der Krise angekommen seien.

In der Aussprache brachten die Parteien ihr Bedauern über das Wachen Unglück zum Ausdruck. Abg. Jacob (S.) protestierte gegen das Antreibergesetz im Bergbau und die Engpässe des Kohlenhandels. Dr. v. Waldhausen (Dnt.) schilderte die fortwährende Mehrbelastung des Bergbaues durch Steuern und soziale Abgaben und lehnte den Rentabilitätsauschuss für den Bergbau ab. Abg. Steger (Str.) wünschte

Reichsunterstützung für die Anapflichtkassen.

Lawinen brausen - Orkane toben.

Drei Tote in Tirol.

München, 23. Februar.

Eine zwischen dem Brandopferstättel und der Seckelhütte bei Vengries niedergehende Lawine hat eine aus lieben Personen bestehende Skiläufergruppe erfasst. Da die Rettungsarbeiten sofort einlegen konnten, wurden sechs Personen lebend geborgen. Der Tourist Michael Staffler aus München wurde getötet. Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist am Pasterkofel beim Grünen Boden eine aus fünf Personen bestehende Skiläufergruppe von einer Lawine verschüttet worden. Einer der Verschütteten konnte sich selbst befreien, eine Dame wurde mit gebrochenen Beinen geborgen. Die übrigen sind noch unter den Schneemassen begraben. In der zwölften Nachtstunde ist an der Unfallstelle eine neue Lawine niedergegangen, durch die sechs Mann der Rettungs- expedition verschüttet wurden. Die Verunglückten konnten durch andere Rettungsmannschaften kurz darauf unterlegt aus den Schneemassen befreit werden. An den Rettungsarbeiten beteiligten sich 70 Mann. Im Laufe des Vormittags ist es gelungen, sämtliche drei Leichen zu bergen. Wie feststeht, sind die drei Toten der Kaufmann Rainer aus Villach, der Kaufmann Müller aus Wien und die Verkäuferin Ferta Wiesner aus Innsbruck.

Aus Osttirol liegen Nachrichten über riesige Schneefälle und schwere Verkehrsstörungen vor. Der Zugverkehr kann nur mit großen Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden. In Trieben bei Vengries entgleiste infolge der großen Schneemassen ein Personenzug. Der Hilfszug ist im Schnee stecken geblieben. Sämtliche Seitenteile sind vom Verkehr völlig abgeschnitten. Auch die Telefon- und Telegraphenlinien sind fast völlig zerstört. In dem zu Italien gehörenden Teil des Pusterlades ging in der Nähe von Innichen eine Lawine auf ein landwirtschaftliches Anwesen nieder. Die Scheune des Anwesens, in der gerade der Besitzer, der Gastwirt Johann Troper und sein Bruder arbeiteten, wurde völlig zerstört, wobei Troper in den Schneemassen den Tod fand. Sein Bruder konnte sich selbst herausarbeiten.

Fünf Tote in den Pyrenäen.

Madrid, 23. Februar.

Der Eisenbahn- und Kraftwagenverkehr, der drei Tage lang wegen des starken Schneefalles in den nordspanischen Pässen unterbrochen war, konnte wieder aufgenommen werden. Die Fahrsitze und Güter konnten vom Schnee freigemacht werden. Bei dem Ort Hilde wurde eine Mühle, die von fünf Personen bewohnt war, von einer Lawine verschüttet. Die fünf Personen konnten bisher noch nicht aus dem Schnee herausgehoben werden.

Ungewöhnlich starker Schneefall in Südbayern.

München, 23. Februar.

Der seit Sonnabend andauernde starke Schneefall hat in Südbayern und besonders in den Bergen eine Schneedecke von 20 bis 30 Zentimetern erreicht.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. Februar.

Der Reichstag begann mit einer Trauerkundgebung für die Opfer der Grube Eisweiler „Reserve“. Ein kommunistischer Hilfsantrag wurde der Ausschussberatung überwiesen. In allen drei Lesungen verabschiedet wurden eine Resolution zum Gesetz über die Rentenversicherung der Arbeiter und ein Gesetz über den Uebertrag des Reichsversicherungsanstalt auf das Reich. An den Auswärtigen mit Deutschland über Sozialversicherung, an den Handelspolitischen Ausschuss der Zusatz zum Handelsvertrag mit Frankreich, an den Sozialpolitischen Ausschuss der Entwurf über den Ausbau der Angelegenheiten der Arbeiter, die dann begonnene zweite Beratung des Ernährungsgesetzes wird morgen fortgesetzt.

Der neue deutsche Gesandte in Warschau.

Berlin, 23. Februar.

Der Ministerialdirekt in der Abteilung des Auswärtigen Amtes Hans Wolff von Moltke ist zum Gesandten in Warschau ernannt worden.

Moltke wurde 1913 Attaché bei der Gesandtschaft in Athen, 1914 nach Konstantinopel versetzt, wurde er 1919 Gesandtschaftsrat in Stuttgart, 1920 wurde er zum Reichskommissar in Oppeln ernannt und 1921 zum Reichskommissar in Danzig ernannt. 1922 war Moltke Mitglied der Gemischten Kommission in Oberschlesien, 1925 erfolgte seine Ernennung zum Vizekonsul in Konstantinopel, 1928 wurde er Ministerialdirekt in der Abteilung des Auswärtigen Amtes.

Moltke reist am 26. Februar nach Warschau ab, um seinen Posten zu übernehmen.

und sagte, daß es auch mit ihrer neuen Hilfsgarde, der NSDAP, den Unternehmern nicht gelingen werde, die Arbeiter wieder in das soziale Gleichgewicht zu bringen. Schwere Angriffe des Abg. Sobotta (Komm.) brachten dem Redner und einigen Fraktionskollegen Ordnungsrufe ein und wurden im übrigen vom Ministerialrat Dr. Kötter zurückgewiesen. Abg. Wiggand (Dnt.) verlangte Herabsetzung des polnischen Kohlenpreises, Mittel für den Kupfer- und den Eisenbergbau, sowie Ausbau der Oberwassertrasse. - Weiterberatung Dienstag.

Dr. von Cynern zum Vizepräsidenten vorgeschlagen.

Berlin, 23. Febr.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschloß am Montag, den Abg. von Cynern als Nachfolger von Dr. Wiemer zum dritten Vizepräsidenten des Landtages vorzuschlagen.

Unwetter in Italien.

Rom, 22. Februar.

Aus ganz Italien, von den Alpen bis hinunter nach Sizilien liegen Meldungen über schwere, tagelange Unwetter vor. Schwere Stürme, heftige Gewitter und Hochwasser haben erhebliche Schäden an Saat und Häusern angerichtet. 12 Personen haben den Tod gefunden. Andere sind zum Teil erheblich zu Schaden gekommen. In Val Formazza bei Domodossola, wo der Schnee drei Meter hoch liegt, ist eine Lawine niedergegangen und hat sechs Arbeiter unter sich begraben, die in einer Wasserkraftanlage beschäftigt waren. In dem 1500 Meter hoch gelegenen Bergdorf Trient gingen von Freitag auf Sonnabend drei große Lawinen nieder, die letzte in der Nähe des Sonabends, die mehrere Familien in Schafe überrollte. Jedemal waren Menschenleben in Gefahr, die aber aus den Schneemassen wieder befreit werden konnten. Mehrere Kinder und verschüttete Erwachsene, die bereits fast völlig erfarrt waren, konnten nur unter anstrengenden zärtlichen Bemühungen und mit künstlicher Atmung wieder ins Leben zurückgerufen werden. In einem kleinen Bergdorf in Reggio Calabria ereignete sich ein Erdbeben, dem sechs Menschen zum Opfer gefallen sind. Andere Unwettermeldungen liegen aus Bari und Braggio vor. In Spezia ist ein 800-Tonnen-Segler nach einer 70 stündigen Sturmfahrt abgetrieben und schwer beschädigt eingelaufen.

Wirbelsturm über Sizilien.

Mailand, 23. Februar.

Ein Wirbelsturm, wie er seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen war, ist über Sizilien hinweggezogen und hat schwere Verwüstungen angerichtet. 48 Stunden lang wütete der Orkan, entwurzelte Bäume, beschädigte Telegraphen, Telefon- und Stromleitungen. Die Flüsse sind über die Ufer getreten und haben weite Gebiete überschwemmt. In Vittoria sind dem Orkan vier Menschen zum Opfer gefallen. In Palermo hat das Wasser die Mauern am Hafen überflutet. Hier wurde ein großer eiserner Kran vom Sturm umgeworfen und stürzte auf ein Gebäude, das zum Teil niedergelegt wurde. Infolge von Erdstößen mußte der Verkehr auf zwei Eisenbahnstrecken eingestellt werden. Mehrere Züge entgleisten, wobei zahlreiche Eisenbahnbeamte verletzt wurden. Von einer Kompanie Soldaten, die in einem der entgleisten Züge fuhr, wurde ein Soldat getötet. In Calone sind mehrere Erdstöße niedergegangen. Im Hafen von Catania ist ein erst neu errichteter Damm ins Meer gerutscht. Die Flut drang in die Fischerwohnungen ein, die Fischer konnten nur mit Mühe das Leben retten.

Eine Schlappe der Nationalsozialisten.

Königsberg, 23. Febr.

Die gestrigen Stadtverordnetenwahlen in Treuburg brachten ein Anwachen der sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen. Der nationalsozialistische Kandidat erhielt 179, die sozialdemokratischen 180, die kommunistischen 181, die liberalen 182, die christlichen 183, die anderen 184 Stimmen. Die Nationalsozialisten erhielten 179, die sozialdemokratischen 180, die kommunistischen 181, die liberalen 182, die christlichen 183, die anderen 184 Stimmen.

Dermischte Nachrichten.

84 000 Mark Versteigerungserlös in Gienide.

CNB Potsdam, 23. Febr. Die Versteigerung im Schloss Gienide hat 84 000 Mark erzielt. Dazu kommen je noch die Beträge aus etwaigen Freihandverkäufen.

Drei Todesopfer einer Explosion.

Budapest, 23. Febr. In Konstantin in Siebenbürgen erfolgte heute mittag im Laboratorium des Filmbüros Konforbia eine Explosion. Drei Personen wurden buchstäblich in Stücke gerissen, mehrere Personen wurden verletzt. Die Explosion verursachte einen Brand, der von der Feuerwehr nicht gelöscht werden konnte, jedoch das ganze Gebäude eingestürzt wurde.

anstalt in Sieben-
Laboratorium
eine Explosion.
üblich in Stücke
werden zerlegt. Die
her von der Feuer-
daß das ganze Ge-

Sodann führte die Spielführer ein Stül auf, das Erinnerung des Tages gewidmet war, an dem Papst Leo XIII. die Arbeiter-Enzyklika „Rerum novarum“ in die Welt hinausjandte. Der Teufel heft beitzgeber und Arbeitnehmer gegeneinander. Als sie drohend gegenüberstehen, tritt die Kirche hinzu, in der Hand die Enzyklika haltend und an die Zre- führten die Mähnung richtend, sich wieder zu ver- gen. Beide geben sich im Sinne der Enzyklika die und versprochen, gemeinsam zum Wohle des stes zu arbeiten. Ein Spiel, das eine tiefe Wägr- in sich birgt. Nur möchte man wünschen, daß alle, es angeht, diese Wahrheit erkennen und darnach abeln. Das Spiel endete mit dem Lied „Großer tadt, wir loben dich“, das die Versammlung begeistert sang. Noch einmal haute sich der Gemischte Chor der Bühne auf und sang das Lied „Holzer Friede, Eintracht, weiset freundlich über dieser Stadt“. möge bald wieder Friede sein über Bosholt wie dem gesamten Vaterland, mögen wir endlich ein- der Bruder dem Bruder und Schwester der Schwe- sein!

107 Millionen Mark Gesamtumsatz und rund $\frac{3}{4}$ Millionen Mark Umsatzsteuer im Jahre 1930.

Die Umsatzbesteuerung ist nicht nur ein wichtiger Begriff der Steuerlehre, sondern hierin spiegelt sich auch die gesamte Leistung und Kraftentfaltung der Wirtschaft wertmäßig wieder. Diese Steuerfaktilität wird dadurch zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel der Wirtschaftsforschung. Die Umsatzsteuerfaktilität ist damit über den Rahmen einer Steuerfaktilität hinaus zu einer Wirtschaftsfaktilität geworden. Der Umsatz der Landwirtschaft, Industrie und des Handels und Verkehrs ist gleichbedeutend mit M.H.v. Die Umsatzsteuerfaktilität ist daher auch in erster Linie eine innere Handelsfaktilität, die den Handel der ganzen Wirtschaft wertmäßig darstellt. Ferner vermag der Umsatz verschiedener Zweige des Einzelhandels und des Handwerks, der sich mit den wichtigsten Zweigen des Konsums der Bevölkerung deckt, wertvolle Anhaltspunkte über den Stand der Lebenshaltung und der Entwicklung des Konsums zu geben. Nach den jetzt vorlie-

Die Umsätze und Steuerlasten in Vorkost			
verteilten sich im letzten Rechnungsjahre wie folgt:			
	Gesamt umsatz	Steuer- belastete	Umsatz- steuer
Landwirtschaft	310 000 M.	60	2 000 M.
Industrie	82 800 000 M.	650	600 000 M.
Handel u. Verkehr	23 000 000 M.	630	160 000 M.
Freie Berufe, Ver- waltung ufm.	1 000 000 M.	85	5 000 M.
insgesamt	107 110 000 M.	1390	767 000 M.

Geschäftliches.

Soweit es sich um Vergnügungsfahrten und zuzugereisten handelt, ist dieser Rat für das Jahr 1891 ganz bestimmt angebracht. Es gibt aber auch eine Reihe von notwendigen Erholungs- und Studienfahrten, von Fahrten an heilige Stätten, die man nicht ohne weiteres, auch nicht in unseren Tagen, ablehnen kann. Gerade zur Ausführung solcher Reisen will das Reisebüro Notata seine Erfahrung und seine Unterfertigung zur Verfügung stellen. Wer immer im kommenden Jahre eine Pilgerfahrt nach Rom oder Jerusalem, nach Padua oder Lourdes, nach Eisenstein oder Aletting, eine Erholungsreise ins Gebirge oder eine Studienfahrt nach Spanien, Tunis, Aegypten, Griechenland oder Rußland machen will, möge es nicht verkümmern, Notata-Reisekalender und Notata-Prospekte sich kostenlos und unverbindlich zukommen zu lassen von einer der vielen Notatafilialen in Berlin, Freiburg i. Br., Köln, München oder Würzburg.

Vorstandsrath für den Distrikt: Für Volkreich Correspondenz Dr. Kales
für Paulsen Josef Rom. für Westendland Rr. Schumacher
den Handel und Sport Dr. J. Penzel, sämtlich in Dortmund.
Männer und des Münsterlandes, Bernhard Kupis, Münster i. W.
Seitener Redaction: Dr. Jänken, Berlin-Nikolsfeld. Verlag: J. & F.
T e m m e n , Buchh. Oestliche Schriftleitung Heinz Schmidt, Bocholt
für den deutschen Ansatzeiten Heim Hales, Bocholt. Druck: Jense



Ihr Geld

wenn Sie es regeln

Technikum
Lange 1. Lippe
Montevideo

Im Beiprogramm das 2aktige Lustspiel
Jeremias Lämmleins wehleidige Reise
und der Lehrfilm
Gesetz und Ordnung (1951)

diese
 was im Ge-
 wird, daß
 durch die
 Siemens-
 Infangonni-
 einige and-
 Ansehen o-
 nach. Wan-
 gen kaum
 fester, Wad-
 verändert

Elfen
Großvieh 3
2 Fresser, 5
len; b) fei
zugeführt:
Schweine, 4
verlauf: G
Schafe ziem
b) 42-46,
39-41; Rül
30; Färsen
75-90, b)
Schweine:
48-51; So

Spargelder nehmen wir zu günstigen Zinssätzen an und bieten Sicherheit für alle Einlagen.

Spargelder nehmen wir zu günstigen Zinssätzen an und bieten Sicherheit für alle Einlagen.

Gewerbebank Bocholt

